Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich [illegible] Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 90 Pfg. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 2.70 Mk., monatlich [illegible] Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 3.1[illegible] [illegible] 1.04 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie die Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auererzgebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Anzeigenpreis: [illegible]

Nr. 225 — Donnerstag, den 26. September 1918 — 13. Jahrgang

Die Aussprache der Parteiführer im Reichstagshauptausschuß.

Der Zentrumsführer gegen den Kriegsminister. Scharfe Kritik aller Führung an der Handhabung des Belagerungszustandsgesetzes. Die Entscheidung über die innere Lage noch offen. Staatssekretär Hintze über Polen, Finnland und Rumänien. / Seit Kriegsbeginn 19 220 000 Tonnen versenkt. / Rußland will der Entente den Krieg erklären. / Der bulgarische Generalstabschef über den Krieg in Mazedonien. / Heftige Kämpfe zwischen Omignonbach und Somme. / Neue feindliche Luftangriffe auf Frankfurt am Main.

Weitere Erklärungen Hintzes im Hauptausschuß.

Das Finanzabkommen mit Rußland.
Finnland, Polen und Rumänien.

Im weiteren Verlaufe seiner schon gestern mitgeteilten Rede vor dem Hauptausschuß des Reichstages führte der Staatssekretär des Auswärtigen, v. Hintze, noch aus:

Das Finanzabkommen bezweckte einen Ausgleich der zwischen Rußland und Deutschland schwebenden Forderungen. Die von Deutschland aufgestellte und von Rußland nachgeprüfte Rechnung ergab ein Plus von 6 Milliarden zugunsten Deutschlands. Wir beabsichtigen, aus diesen 6 Milliarden, die in Raten gezahlt werden sollen, und von denen die erste Rate bereits gezahlt ist, während die zweite am 30. d. M. fällig wird, die deutschen Forderungen, auch die privaten, zu befriedigen.

Finnland tat die ersten Schritte, um sich politisch zu konsolidieren. Schon im Mai dieses Jahres hat General Mannerheim in Helsingfors erklärt, daß Finnland zur Grundlage seines Bestehens die Monarchie herstellen müsse. Die finnländische Regierung hat sich an Deutschland gewandt mit der Bitte um einen Prinzen des königlichen Hauses, eines Sohnes des Kaisers als Monarchen. Seine Majestät der Kaiser hat sich aus verschiedenen Gründen nicht bewogen gefühlt, diesem Ersuchen Folge zu geben. Es ist der finnischen Regierung gesagt worden: Die Frage der Staatsform ist eigene Angelegenheit der finnischen Regierung. Wir haben auf Wunsch der finnischen Regierung durch unseren Gesandten halbamtlich erklären lassen, daß jede Einmischung in die Verfassungsfrage für uns ausgeschlossen ist, daß aber in Deutschland die Beibehaltung der konstitutionellen monarchischen Verfassung mit Sympathie begrüßt werden würde.

Einer der interessantesten Staaten in dem ganzen Ostproblem ist Polen. Die Grundlage unserer Politik hinsichtlich Polens ist die Zweikaiserproklamation vom 6. November 1916. Ueber die Modalitäten für die Durchführung dieser Proklamation sind wir und Oesterreich-Ungarn als Interessenten gewillt, uns zu verständigen unter Anhörung der Wünsche der Polen. In dieser Woche noch werden von unserer und österreichischer Seite Kommissare zu Verhandlungen hierüber in Berlin zusammentreten. Ich bemerke nochmals, daß diese kommissarischen Verhandlungen die Wünsche und die Stimmen der Polen anhören sollen und wollen. Was wir für uns zu erreichen hoffen, ist eine wirtschaftliche Gleichstellung der Mittelmächte auf dem polnischen Markte mit den Polen. Wir sind dafür bereit, Polen aufzunehmen in das künftige mitteleuropäische Wirtschaftsbündnis. Solange dieses Wirtschaftsbündnis noch nicht besteht, sind wir gewillt, mit Polen einen vorläufigen Handelsvertrag zu schließen auf der Grundlage der Meistbegünstigung. Wir wollen ferner die Schiffahrt auf der Weichsel und den zugehörigen Wasserstraßen für frei erklären für uns und für Polen.

Was Rumänien anbetrifft, so machten unsere gegenseitigen Beziehungen nach Unterzeichnung des Friedens gute Fortschritte. In diesem erfreulichen Zustand ist im Laufe des Spätsommers aber eine Verschlechterung eingetreten. Unter den Einflüsterungen der Entente hat Rumänien, wie es scheint, Verzögerungen in der Ausführung der ihm obliegenden Vertragspflichten für möglich gehalten. Wir sind dabei, diesen Verzögerungen durch freundschaftliche Vorstellungen bei der rumänischen Regierung entgegenzutreten. Das Ergebnis unserer bisherigen Bemühungen berechtigt uns zu der Annahme, daß wir damit Erfolg haben. Im übrigen streben wir eine Gesundung Rumäniens und eine Sicherung des Friedenswerkes von Bukarest an.

Die Aussprache.

Gestern Vormittag wurde die Aussprache über die Regierungserklärungen im Hauptausschuß eröffnet. Die Regierung war außerordentlich stark vertreten. Auch die Reichstagsabgeordneten sind außerordentlich zahlreich erschienen. Als erster Redner erhielt der Zentrumsabgeordnete Groeber das Wort. In seiner einstündigen Rede brachte er eine große Anzahl von Beschwerden und Anklagen gegen die Regierung vor. So kritisierte er scharf eine Anordnung des Kriegsministers v. Stein. Darin war der Zentralstelle für Völkerrecht die Veranstaltung von Versammlungen verboten worden, in denen die Friedensresolution des Reichstages zur Erörterung kommen sollte. Als skandalös bezeichnete der Abgeordnete Gröber es ferner, daß es Mitgliedern des Litauischen Landesrats unmöglich gemacht worden sei, mit den Zentrumsabgeordneten in Berlin in Verbindung zu treten. Gröber meinte, wir befänden uns in der letzten Stunde des Krieges, und da sei eine kraftvolle Regierung am Platze, die sich die Zügel nicht aus der Hand nehmen lasse. Man müsse nicht nur Kriegsziele proklamieren, sondern sie auch durchführen. Kurz, die Rede des Zentrumsführers enthielt eine Reihe von Anklagen, neben denen er allerdings auch wiederholt anerkennende Worte für den Reichskanzler fand. In linksstehenden Kreisen sieht man in der Rede Groebers wenn auch nicht eine völlige Absage an den Reichskanzler, so doch eine Politik, die nicht mehr mit allen Maßnahmen der Regierung einverstanden ist. Vor allem fiel sein scharfer Vorstoß gegen den Kriegsminister v. Stein auf.

Nach Groeber sprach der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann. Er beschäftigte sich unter anderem mit den Auslassungen des Reichskanzlers über die belgische Frage, insbesondere mit den Mitteilungen aus belgischen Archiven, wonach die Franzosen in Belgien eingerückt wären, wenn wir ihnen nicht zuvorgekommen wären. Diese Aeußerungen des Reichskanzlers suchte der Abgeordnete Scheidemann durch das Verlesen einer Reihe von Stellen aus dem soeben erschienenen Werk des Zentrumsabgeordneten Erzberger über den „Völkerbund" zu widerlegen, und er warf die Frage auf, wer nun recht habe, der Reichskanzler oder der Abgeordnete Erzberger. Scheidemann beschäftigte sich dann mit den verschiedenen Versammlungsverboten und wandte sich mit scharfen Worten gegen den Frieden von Brest-Litowsk und die Zusatzverträge. Sämtliche Truppen müßten aus Rußland herausgezogen und an der Westfront verwendet werden. Wenn das militärisch nicht möglich sei, so müsse man wenigstens politisch reinen Tisch machen. Scharfe Kritik übte Scheidemann an der gestrigen Rede des Vizekanzlers v. Payer. Scheidemann schloß mit den Worten: „Keine Konzessiönchen, keine Reförmchen! Was uns nottut, ist ein Systemwechsel, Einkehr und Umkehr."

Nach dem Abgeordneten Scheidemann nahm der Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei, Abgeordneter Fischbeck, das Wort. Auch er ließ es nicht an deutlicher Kritik gegen die Regierung fehlen. Aus den Darlegungen des folgenden Redners, des nationalliberalen Abgeordneten Stresemann klang der Wunsch heraus, sich den Mehrheitsparteien anzuschließen.

Alsdann wurden die Verhandlungen abgebrochen und auf Donnerstag vormittag 10 Uhr vertagt.

Alle Redner kritisierten schärfstens das Vorgehen der Stellv. Generalkommandos in Bezug auf politische Verordnungen.

Zur gestrigen Sitzung des Hauptausschusses

wird dem „Lok.-Anz." aus parlamentarischen Kreisen folgendes geschrieben: Die Rede des Zentrumsführers Gröber brachte eine Ueberraschung und wurde allgemein als Zeichen einer Wendung in der Haltung des Zentrums aufgefaßt. Wenn auch Herr Gröber für den Kanzler eintrat, so hatte man doch in weiten Kreisen seiner Zuhörer die Empfindung, daß seine Worte nur die Form wahren sollten und daß in der Sache das Zentrum vor einer Neuorientierung steht, die einer Einigung mit den beiden anderen Fraktionen der Mehrheitsparteien den Boden ebnen soll. Die Führer der Fortschrittler und der Sozialdemokraten, Herr Fischbeck und Herr Scheidemann, sprachen sehr entschieden, blieben aber maßvoll in der Form. Zum Schluß ergriff für die Nationalliberalen Dr. Stresemann das Wort. Aus seiner Rede glaubte man in den Kreisen der Mehrheitsparteien die prinzipielle Bereitwilligkeit heraushören zu können, sich mit ihnen in gemeinsamer Arbeit zu vereinen.

Die gestrige Besprechung, die Staatssekretär von Hintze mit den Mitgliedern des Hauptausschusses des Reichstages hatte, soll, wie „B. T." hört, im Anschluß an die Wiener Friedensnote und die wiederaufgenommenen deutsch-österreichisch-ungarischen Verhandlungen über Polen in der Hauptsache der Erörterung des Bundesverhältnisses zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn gedient haben.

Der heutige amtliche Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 26. September.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht von Bayern.

Vorfeldkämpfe an der Lysniederung, nördlich vom La Bassée-Kanal und bei Moeuvres.

Heeresgruppe Generaloberst von Boehn.

Heftigem Feuer des Feindes südöstlich von Epehy und bei Delincourt folgten nur Teilvorstöße, die abgewiesen wurden.

Zwischen dem Omignon-Bach und der Somme setzte der Feind seine Angriffe fort. Der erste Ansturm brach in dem zusammengefaßten Feuer unserer Artillerie und Infanterie zusammen. Das Schwergewicht der am Vormittag mehrfach wiederholten Angriffe richtete sich gegen die Höhe zwischen Pontruet und Gricourt. Vorübergehend faßte der Feind auf ihr Fuß. Im Gegenstoß nahmen wir sie wieder. Am Nachmittag setzte der Franzose zwischen Francilly und der Somme erneut zu starken Angriffen an, die bis auf kleine Einbruchsstellen abgewiesen wurden. Wir machten hier in den beiden letzten Tagen mehr als 200 Gefangene.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Bei örtlichen Angriffsunternehmungen nördlich von Allemand (zwischen Ailette und Aisne) machten wir Gefangene. Nördlich von Sailly schlugen wir Teilangriffe des Gegners ab.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Oestlich der Mosel wurde ein Teilangriff des Feindes abgewiesen. Die dort kämpfenden Truppen der 31. Landwehr-Brigade nahmen im Gegenstoß 50 Franzosen und Amerikaner gefangen.

Aus feindlichen Geschwadern, die Frankfurt am Main und Kaiserslautern angriffen, wurden sieben Flugzeuge abgeschossen.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Der Taler spricht:

Bin ich ein Wicht,
Des Mühens und Scharrens
Und Wahrens nicht wert?
Wer schmiedet aus mir
Das deutsche Schwert?
Da hat ihn die „Neunte"
Schweigend genommen:
Er ist in die rechte
Schmiede gekommen.

26000 Tonnen versenkt.

Berlin, 26. Sept. Im Sperrgebiet um England und im Atlantik versenkten unsere U-Boote 26 000 Brt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Vom U-Boot-Kriege.

Die U-Bootbeute im August.

420 000 Tonnen!

Berlin, 24. Sept. (Amtlich.) Im Monat August haben die Mittelmächte rund 420 000 Brt. des für unsere Feinde nutzbaren Handelsschiffsraumes vernichtet.

Der dem Feinde zur Verfügung stehende Handelsschiffsraum ist somit allein durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte seit Kriegsbeginn um rund 19 220 000 Brt. verringert worden; hiervon sind etwa 11 920 000 Brt. Verluste der englischen Handelsflotte.

Nach inzwischen gemachten Feststellungen sind, soweit bisher bekannt, im Monat Juli außer den seinerzeit schon bekanntgegebenen Verlusten der feindlichen oder im Dienste unserer Gegner fahrenden Handelsschiffe noch weitere Schiffe von zusammen etwa 40 000 Brt. durch kriegerische Maßnahmen schwer beschädigt in feindliche Häfen eingebracht worden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.